

## INHALT

1. Studie der Bertelsmann-Stiftung zur Chancengleichheit
2. Umstellungsförderung - Ja-Beibehaltungsförderung - Nein
3. 10. Parlamentsforum Südliche Ostsee in Kiel
4. Milchwirtschaft erweist sich als wettbewerbsfähig
5. Kein CCS vor unserer Haustür!

16.03.2012

### Studie der Bertelsmann-Stiftung zur Chancengleichheit Defizite durch 20 Jahre SPD-Bildungspolitik



Heike Franzen, MdL

Die Ergebnisse der am 12. März 2012 von der Bertelsmann-Stiftung veröffentlichte Studie über Chancengleichheit und Leistungsfähigkeit der deutschen Schulsysteme sieht die CDU-Bildungsexpertin Heike Franzen als Versagen der sozialdemokratischen Bildungspolitik und klaren Beleg dafür, dass Ruhe an den Schulen wichtiger ist als ständige Strukturreformen.

„Die SPD will die Ergebnisse im Hinblick auf die Durchlässigkeit unseres Schulsystems zum Anlass für neue Zwangsumwandlungen nehmen, dabei verkennt sie die wahren Gründe für das hervorragende Abschneiden unter anderem der Bundesländer Brandenburg und Sachsen“, so Franzen. Beide Länder verfügen dabei über ein zweigliedriges Schulsystem. Die Schulen haben dabei große Eigenverantwortlichkeit, bei der Ausgestaltung des Unterrichts, insbesondere bei der Unterrichtung der Schülerinnen und Schüler in Leistungsgruppen.

„Die neuen Bundesländer haben seit den 1990er Jahren den Schulen die Zeit gegeben, in den bestehenden Schulstrukturen zu arbeiten. Das zahlt sich jetzt aus. Diesen gut 20-jährigen

Schulfrieden wünschen wir uns auch. Unsere Schulen haben sich vor gut zwei Jahren für ihre pädagogischen Konzepte entschieden, nun sollen sie auch damit arbeiten dürfen“, so Franzen.

Die besagten Länder haben keine Stufenlehrer, wie jüngst von SPD und Grünen in ihren Wahlprogrammen zementiert. Von diesen drei Erfolgsfaktoren für gute Schule hat die CDU ihr bildungspolitisches Konzept abgeleitet. „Es kommt nicht auf Strukturen an, sondern darauf, dass Lehrer sich ihren Schülern widmen können und guten Unterricht machen. Deswegen wollen wir uns jetzt gemeinsam mit den Lehrkräften der Verbesserung der Unterrichtssituation widmen. Die ständige Reformitis muss ein Ende haben“, so Franzen abschließend.

Die Datengrundlage der Studie stammt aus der Zeit, in der das Bildungsministerium über 20 Jahre von der SPD geführt wurde. Das mäßige Ergebnis Schleswig-Holsteins bei der Bildungsstudie der Bertelsmann-Stiftung ist also ein Verdienst der SPD.

---

### **Umstellungsförderung - Ja-Beibehaltungsförderung - Nein** **Wirtschaftliche Situation der Ökobetriebe erfordert keine zusätzliche Förderung**



Heiner Rickers, MdL

Im Jahr 2010 wirtschafteten in Schleswig-Holstein 14.123 konventionelle landwirtschaftliche Betriebe und 432 Ökobetriebe. Letztere machen dabei einen Anteil von 3,1 % aus. Der in jüngster Zeit wiederholt vorgebrachten Forderungen nach einer Wiedereinführung der Beibehaltungsförderung im Ökolandbau entgegnete der agrarpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Heiner Rickers, diese Woche mit den Standpunkten der CDU-Fraktion:

„Wir streben eine vielfältige Agrarstruktur an, in der auch ökologisch wirtschaftende Betriebe ihren Stellenwert haben und in deren Mittelpunkt Familienbetriebe mit gut ausgebildeten Unternehmerinnen und Unternehmern stehen. Ziel einer CDU-geführten Agrarpolitik ist eine Landwirtschaft mit mittelständischen Betrieben, die sich im europäischen und internationalen Wettbewerb behaupten.“

Die Anzahl der ökologisch wirtschaftenden Betriebe ist im vergangenen Jahr nicht stärker zurückgegangen als die Anzahl der konventionell wirtschaftenden Betriebe. Dabei stehen die betriebswirtschaftlichen Ergebnisse der Ökobetriebe denen der konventionell wirtschaftenden Betriebe in nichts nach. Zudem weisen die Ökobetriebe deutlich höhere Zahlungen aus Agrar-Umwelt-Maßnahmen bzw. Flächenprämien für den ökologischen Landbau auf. Durchschnittlich waren dies 15.200 € pro Ökobetrieb im Vergleich zu 2.400 € im Durchschnitt

aller Haupterwerbsbetriebe.

„Die Umstellungsförderung für Ökobetriebe ist in den Jahren der Übergangsphase richtig und notwendig – dazu stehen wir unverändert. Nach der Behauptung am Markt besteht jedoch keine Notwendigkeit, mit dem Ökolandbau lediglich eine bestimmte Betriebsform – nicht eine konkrete Leistung – am finanziellen Dauertropf des Landes zu halten. Darüber hinaus ist auf Grund der desolaten Finanzsituation des Landes keine andere Entscheidung zu verantworten“, so Rickers.

Dass in Schleswig-Holstein nur 3,3 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche für den Öko-Landbau zur Verfügung stehen, liege weniger an der weggefallenen Förderung sondern vielmehr an der stärkeren Konkurrenz auf vergleichsweise guten Böden. „Schleswig-Holstein ist im Bundesvergleich ein Gunststandort für hochproduktive Landwirtschaft, was den Umstieg auf den Ökolandbau betriebswirtschaftlich schwierig gestaltet. Das auf Dauer durch den Staat ausgleichen zu wollen, kann aufgrund der desolaten Haushaltssituation des Landes politisch nicht gewollt sein“; so Rickers abschließend.

---

## 10. Parlamentsforum Südliche Ostsee in Kiel

### Ostseeanrainer verabschieden Resolution für stärkere Beteiligung



Niclas Herbst, MdL

Im Rahmen des 10. Parlamentsforums Südliche Ostsee berieten vom 11. - 13. März 2012 Vertreter aus Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Polen und Schweden in Kiel darüber, wie die Südliche Ostsee im Jahre 2020 aussehen kann und verabschiedeten dazu einstimmig die entsprechende Resolution.

Handlungsbedarf sehen die beteiligten Regionen in den Bereichen "Bildung und Beschäftigung" sowie "Nachhaltiges Wachstum" und machen deutlich, dass es unentbehrlich ist, auch die Ostseeparlamentarierkonferenz einzubinden. Der europapolitische Sprecher der CDU-Landtagfraktion, Niclas Herbst, erklärte dazu: "Hervorzuheben ist hierbei, dass neben erneuerbaren Energien, ressourceneffizienter Ökonomie, auch die integrierte Maritime Politik sowie der nachhaltige Tourismus als wichtige Handlungsfelder gesehen werden. Generell ist festzustellen, dass Energie nicht nur effizient gemacht werden und verstärkt aus erneuerbaren Energien entstehen muss, sie muss auch eingespart werden. Die Handlungsfelder Maritime Politik und Tourismus sind gerade für Schleswig-Holstein - als Land zwischen den Meeren - von besonderer Bedeutung, um Umwelt und Wirtschaft beiderseits gerecht werden zu können."

Hinsichtlich der zukünftigen Kohäsionspolitik der Europäischen Union nach 2014 machen die Regionen mit ihrer Resolution deutlich, dass sie an Entscheidungen der Kommission und den Mitgliedstaaten verantwortlich beteiligt werden wollen und fordern die europäischen Institutionen und nationalen Regierungen dazu auf, den bürokratischen Aufwand für die Verwaltung der EU-Strukturfonds zu minimieren. "Es ist nachvollziehbar, dass die Regionen eingebunden werden wollen und die Bürokratie in einem gesunden Gleichgewicht mit Programmen sowie Mitteln stehen sollte, um möglichst effizient für die Regionen des Parlamentsforums Südliche Ostsee zu sein", so Herbst abschließend.

---

### **Milchwirtschaft erweist sich als wettbewerbsfähig** **Agrarpolitiker zu Besuch bei Deutsches Milchkontor in Nordhackstedt**



Teilnehmer des Besuches mit Produktionsleiter Rainer Andresen

Im Rahmen der aktuellen Diskussionen um die Zukunft der Landwirtschaft in Schleswig-Holstein informierten sich die Agrarpolitiker der CDU-Landtagsfraktion, Petra Nicolaisen, Hauke Göttsch und Heiner Rickers in der Meierei der Deutschen Milchkontor GmbH in Nordhackstedt über die aktuelle Entwicklung in der Milchverarbeitung.

„Die fast täglichen Berichte über ausufernde Maisanbauflächen lassen beim Bürger die Sorge aufkommen, dass es in naher Zukunft keine traditionelle Landwirtschaft mehr geben könnte. Dass dies nicht so ist, machte unser Besuch im Deutschen Milchkontor deutlich“, so Petra Nicolaisen.

Produktionsleiter Rainer Andresen wies darauf hin, dass bei der täglichen Milchanlieferung von 1,8 Millionen kg rund 90 Prozent aus der Region kommen. Dies verdeutliche, dass die Milchviehhaltung, auch trotz des zurzeit sehr geringen Milchpreises und der hohen Landpachtpreise, noch funktioniere. Andresen verglich die fast gleich hohen Preise einer Flasche Selter mit einem Liter Milch und forderte einen fairen Preis für die Milch. Nur mit einem angemessenen Milchpreis sei es den bäuerlichen Betrieben möglich, den Betriebszweig fortzusetzen – auch wenn dies gegebenenfalls mit etwas höheren Endverbraucherpreisen verbunden sei. Dieser Forderung konnte sich der agrarpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Heiner Rickers, uneingeschränkt anschließen und sagte seine Unterstützung hierbei zu.

Die Meierei Nordhackstedt produziert rund 90 Tonnen Schnittkäse und 84 Tonnen Mozzarella täglich aus einer Milchanlieferung von rund 530.000 Tonnen Milch jährlich und hat sich hiermit auf dem deutschen Markt fest etabliert und behauptet. Die Deutsche Milchkontor GmbH

beschäftigt aktuell 221 Mitarbeiter in Nordhackstedt, einem von 24 Werken deutschlandweit.

---

### **Kein CCS vor unserer Haustür!**

#### **Resolutionsentwurf gegen bekanntgewordene Überlegungen zu CO<sub>2</sub>-Speicherung in Dänemark**

Der Agrar- und Umweltausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages beriet in seiner gestrigen Sitzung über bekannt gewordene Überlegungen Dänemarks, die im Rahmen einer neuen Konzessionsrunde für Erdgas- und Erdölunternehmen auch die Speicherung von CO<sub>2</sub> ermöglichen soll.

Nach einem Bericht des Wirtschaftsministeriums kam der Ausschuss, auf Anregung der CDU Abgeordneten Herlich Marie Todsens-Reese, interfraktionell überein, eine Resolution des Schleswig-Holsteinischen Landtages vorzubereiten und noch für die kommende Landtagssitzung einzubringen. Der Entwurf einer entsprechenden Resolution ist heute an alle Fraktionen des Landtages versandt worden.

Der umweltpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Michael von Abercron erklärte dazu: „Der Schleswig-Holsteinische Landtag hat in einer Vielzahl von Beratungen fraktionsübergreifend seine Ablehnung der CCS-Technologie und der CO<sub>2</sub> Speicherung artikuliert. Gerade im Hinblick auf das noch im Vermittlungsausschuss befindliche CCS-Gesetz dürften nicht durch Dänemark Fakten geschaffen werden. Eine durch Dänemark mögliche CO<sub>2</sub> Speicherung vor „Schleswig-Holsteins Haustür“ dürfe keine relevanten Umweltauswirkung auf unser Land haben. Im Rahmen der guten Nachbarschaftlichen Beziehungen erwarten wir eine frühzeitige Einbeziehung der Bevölkerung in der betroffenen Region.“

Unter folgendem Link finden Sie den Umdruck mit dem Bericht des Wirtschaftsministeriums:  
<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/umdrucke/3700/umdruck-17-3793.pdf>



Dr. Michael von Abercron, MdL

---

V.i.S.d.P  
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag  
Dirk Hundertmark, Pressesprecher  
Tel.: 0431/988-1440  
[dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de](mailto:dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de)